

# ENDBERICHT

## Fachtagung

zum Thema **Ländlicher Raum**

07. Mai 2009 von 09:00 – 13:00 Uhr

Landratsamt Rosenheim, Großer Sitzungssaal  
Wittelsbacherstraße 53 – D-83022 Rosenheim

veranstaltet von



Euregio Inntal – Chiemsee – Kaisergebirge - Mangfalltal

[www.euregio-inntal.com](http://www.euregio-inntal.com)

gefördert von

der Europäischen Union mit Mitteln aus dem Europäischen  
Fonds für Regionale Entwicklung EFRE (INTERREG)

Europäische Territoriale Zusammenarbeit | Grenzübergreifendes Förderprogramm

**INTERREG**  
Bayern – Österreich  
2007-2013

Bayern ■  
Oberösterreich ■  
Salzburg ■  
Tirol ■  
Vorarlberg ■



Raiffeisenbanken des  
Bezirktes Kufstein

**Raiffeisen  
Meine Bank**



# INHALTSVERZEICHNIS

1) Veranstalter .....	3
2) Veranstaltungshintergrund .....	3
3) Programm.....	4
4) Teilnehmer .....	5
5) Ergebnisse .....	5
6) Anhang.....	13
I. Vorträge .....	13
II. Presseartikel .....	13

## **1) Veranstalter**

Die Euregio Inntal – Chiemsee – Kaisergebirge – Mangfalltal ist eine grenzüberschreitende Regionalmanagementeinrichtung mit Sitz an der Fachhochschule Kufstein und sieht sich als Informations- und Beratungsplattform in der Region Rosenheim, Traunstein, Kufstein, Kitzbühel bezüglich überregionaler Projekte und Aktivitäten.

Folgende Gründe waren in erster Linie ausschlaggebend dafür, dass die Euregio im Jahre 1998 gegründet wurde:

- Wille, die Verwirklichung der Ziele der Verträge fortzuführen, die die Grundlage der Europäischen Union bilden
- Entschluss, im Geiste dieser Verträge auf den bereits geschaffenen Grundlagen einen engeren Zusammenschluss der Europäischen Völker herbeizuführen
- Erkenntnis, dass im Sinne eines Abbaus der ehemaligen Grenzen zwischen den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union Taten gesetzt werden müssen
- Wissen, dass sowohl die Bürgerinnen und Bürger als auch die Gemeinden starke Beziehungen über die Staatsgrenzen hinweg entwickelt haben

Durch innovative Vorhaben erlangt die Region weiterhin regionale und auch überregionale Aufmerksamkeit und unterstützt so den Gedanken eines zusammenwachsenden Europas.

## **2) Veranstaltungshintergrund**

Das Gebiet der Euregio Inntal ist geprägt von einer ländlichen Struktur, die die Grundlage für die Lebensqualität der Bevölkerung darstellt. Diese Struktur hat aufgrund ihrer Flächenausdehnung sowie ihrer Funktion als Siedlungsraum in der Euregio große Bedeutung und muss nicht nur erhalten, sondern auch weiterentwickelt werden.

Der sogenannte „Ländliche Raum“ mit all seinen Stärken und Schwächen ist äußerst vielschichtig in seinen Erscheinungsformen und bietet eine Menge Diskussionspotential. Er steht in Zukunft vor zahlreichen Herausforderungen: Abwanderung, demographische Entwicklung, wirtschaftliche Struktur, Soziales, Raumordnung und Infrastruktur, Umwelt sind dabei wichtige, aber sicher nicht alle Schlagwörter, die eine Rolle spielen.

Die grenzüberschreitende Veranstaltung dient dazu, Erfahrungen und aktuelle Standpunkte zum Thema zwischen Tirol und Bayern auszutauschen. Experten analysieren den IST-Stand und präsentieren Entwicklungsstrategien der Regionalpolitik. Im Idealfall entstehen konkrete Projekte und Aktivitäten, die zur Stärkung des Ländlichen Raumes in der Region beitragen.

### 3) Programm

09.00 - 09.15 Uhr

**Grußworte** von Gerhard Prentl, Landratsamt Rosenheim

**Einführung** von Bgm. Franz X. Heinritzi, Präsident der Euregio Inntal

09.15 – 10:15 Uhr

**Impulsreferat** zum Thema von

**Dr. Sebastian Eder**, Bürgermeister von Hochfilzen, Obmann Forum Land Tirol

**Regionsbezogenes Referat** zu den Tiroler Bezirken Kufstein und Kitzbühel von

**HR Mag. Franz Rauter**, Vorstand der Abteilung Raumordnung-Statistik, Land Tirol

**Regionsbezogenes Referat** zu den Landkreisen Rosenheim und Traunstein von

**Thomas Bauer**, Regionsbeauftragter des Regionalen Planungsverbandes Südostoberbayern, Regierung von Oberbayern

anschließend

10.30 – 12.00 Uhr **Workshops**

Workshop-Themen:

1. Pflege, Gesundheit (Leiter Bgm. Dr. Sebastian Eder)

Es ging u.a. um die Frage, inwieweit eine wohnortnahe integrierte Versorgung im Gesundheits- und Pflegebereich im ländlichen Raum nicht zuletzt auch angesichts der Vielfältigkeit des ländlichen Raums umsetzbar ist - dies vor allem vor dem Hintergrund fachlicher Erfordernisse und ökonomischer Zwänge.

2. Regionales Wirtschaften (Leiter OAR Gerhard Prentl)

Im Workshop „Regionales Wirtschaften“ wurde der Frage nachgegangen, welche Beiträge in wirtschaftlicher Hinsicht die Gemeinden im ländlichen Raum leisten sollen und können, um den ländlichen Raum als gleichwertigen Lebens- und Arbeitsraum zu bewahren und im Sinne einer nachhaltigen Raumentwicklung weiter nach vorne zu bringen. Diese Fragestellung ist auch vor dem Hintergrund der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise zu sehen.

3. Raumordnung und räumliche Entwicklung (Leiter HR Mag. Franz Rauter)

Ziel des Workshops war es, die wesentlichen Herausforderungen für die ländliche Entwicklung in Bezug auf Raumordnung und räumliche Entwicklung aus Sicht der TeilnehmerInnen zu konkretisieren und daran anknüpfend Zielvorstellungen, Handlungsnotwendigkeiten und konkrete Lösungsansätze zu erörtern. Thematische Schwerpunkte: die Entwicklung von Gewerbeflächen, die Sicherung hochwertiger landwirtschaftlicher Nutzflächen, die Verhinderung von Zersiedelung, Gegenstrategien gegen die Ausdünnung von Einrichtungen der Daseinsvorsorge, die Chancen der gemeindeübergreifenden Zusammenarbeit, die Stadt-Land-Beziehung, usw.

12.00 – 13.00 Uhr **Zusammenführung** und **Diskussion** der Ergebnisse im Plenum

## **4) Teilnehmer**

Zur Fachtagung gezielt eingeladen wurden alle Mitglieder der Euregio Inntal (Gemeinden, Ämter, Interessensvertretungen, Bildungseinrichtungen etc.), sowie weitere Vertreter von Institutionen aus der grenzüberschreitenden Region, die sich im weitesten Sinne mit dem Thema Ländlicher Raum beschäftigen.

Insgesamt diskutierten über 40 Personen aus Bayern und Tirol. Im Anhang ist eine Aufstellung zu finden, aus der alle Teilnehmer an der Veranstaltung hervorgehen, die sich in die Anwesenheitsliste eingetragen haben.

## **5) Ergebnisse**

Im Folgenden sind die wichtigsten Inhalte der drei durchgeführten Themenworkshops angeführt.

### **1. Pflege, Gesundheit**

Protokoll: Markus Zehetmaier, Markt Bruckmühl

Teilnehmer:

- Michael Berger, Bezirkshauptmann Kufstein
- Christoph Hochenegg, Bezirkshauptmann Kitzbühel
- Lilo Wallner, 2. Bürgermeisterin Großkarolinenfeld
- Sebastian Eder, Bürgermeister Hochfilzen, Obmann Forum Land Tirol
- Harald Bachmeier, Österreichisches Rotes Kreuz Kufstein, Bezirksgeschäftsführer
- Nicole Berlitz, Mitarbeiterin Österreichisches Rotes Kreuz Kufstein

### **Einleitung:**

Der Fachreferent des Workshops, Herr Bgm. Dr. Sebastian Eder, wies in seinen einleitenden Worten darauf hin, dass in dem Workshop die Unterschiede im Gesundheitswesen der Länder Bayern und Tirol herausgearbeitet und mögliche Übereinstimmungen aufgezeigt werden sollen. In beiden Ländern gleich sind die Problematik der demographischen Entwicklung, der Wunsch nach einer optimalen Gesundheitsversorgung in der Bevölkerung und die Notwendigkeit einer funktionierenden Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum „rund um die Uhr“ aufzuzählen.

Diskussionsthemen im Workshop sind die notwendigen Gesundheits- und Pflegereformen sowohl in Tirol als auch in Bayern, die teilweise bereits angelaufen sind und die z.T. zu kontroversen Auffassungen in der Ärzteschaft, Politik und in der Bevölkerung geführt haben oder die zu Protesten bereits im Vorfeld einer politischen Entscheidung führen. Einigkeit besteht in dem Wunsch aller Beteiligten und Betroffenen, ein gut funktionierendes Hausarztssystem beizubehalten, auszubauen oder teilweise noch einzuführen. Speziell in Tirol wird die Krankenhausversorgung breit diskutiert. In manchen ländlich geprägten Regionen beiderseits der Grenzen ist eine Überalterung der niedergelassenen Hausärzte und eine immer stärker verspürbare Pensionierungswelle zu erkennen; teilweise sind „Hausarzt-Abwerbeaktionen“ zu beobachten. Gleichzeitig wird durch ein kaum durchschaubares ungenügendes Finanzierungssystem die Attraktivität eines Hausarztberufes immer schlechter. Verstärkt ist eine Umorientierung junger Ärzte in Richtung besser vergütete und anerkannte medizinische/pharmazeutische Bereiche verspürbar.

## **Diskussionsbeiträge:**

In Bayern wird anhand der Situation in der Gemeinde Großkarolinenfeld (nordwestlich von Rosenheim) aufgezeigt, dass dort nur zwei Allgemeinarztpraxen für 36 Ortsteile vorhanden sind. Außer einem Zahnarzt fehlen alle weiteren Fachärzte.

24 Stunden erreichbare Hausärzte klagen über einen immensen Arbeitsanfall und über eine schlechte Vergütung bzw. einen „schlechten Stundenlohn“. Der große persönliche Arbeitseinsatz der „Allroundmediziner“ wird durch das Gesundheitssystem nicht honoriert. Fatal wäre es, wenn in breiten Landstrichen kein Praxisnachfolger mehr gefunden werden kann.

Allseits wird festgestellt, dass der Hausarzt überall gleiche Anerkennung in der Bevölkerung findet und als „Manager“ und „Lotse“ in der Gesundheitsversorgung im Dienste des Patienten betrachtet wird.

Die Apothekenversorgung in Bayern und in Tirol (Hausapothekensystem) wird hinsichtlich ihrer Unterschiedlichkeit angesprochen. In Bayern sind Apotheken nur in größeren Orten zu finden und dann meist auch noch gebündelt an den Hauptstraßen im Ortskern. Von einer dezentralen Versorgung kann in Bayern keine Rede sein. Älteren Menschen fällt es oft schwer, Medikamente ohne Hilfe durch Dritte zu erhalten.

Im Rettungswesen wird festgestellt, dass der grenzüberschreitende Rettungsdienst gesetzlich nicht geregelt ist und Improvisation gefragt ist. Ein Staatsvertrag existiere leider nicht. Man bewege sich in einem rechtsfreien Raum. Ca. 70 – 80 Einsätze jährlich fährt das ÖRK in Bayern, während dies umgekehrt kaum stattfindet. Auch der Katastrophenschutz ist sehr stark national geprägt; einheitliche Strukturen wären nicht vorhanden. Es wäre im Sinne der Bürger in Tirol und Bayern, wenn die Grenzen und Barrieren auch im Rettungs- und Katastrophenschutz abgebaut werden und eine gemeinsame Koordination bei Einsätzen mit vernünftigen technischen Mitteln stattfinden könnte.

Aus Sicht der Tiroler Workshop-Teilnehmer wird als herausragendes Problem, das einer Lösung bedarf, die Rettungs- und Notarztversorgung in Tirol angesprochen. Welche Einheiten sollen zu welchen Zeiten, von wem und an welchem Ort versorgt werden? Wie kann die Finanzierung geregelt werden? In welchem Bereich sollen Ehrenamtliche mitwirken? Wie sieht die Versorgung vor allem nachts aus? Wird eine Zentralisierung als Gefahr oder Chance erkannt? Sind die Hausärzte bereit, an 365 Tagen im Jahr 24 Stunden zur Verfügung zu stehen?

Unterschiede in beiden Ländern im Bereich der Totenbeschau am Wochenende und eines „Sprengelarztes“ werden aufgezeigt. Auch die notärztliche Telefonnummer in Nachtstunden bzw. am Wochenende in Bayern mit einer einheitlichen Leitstelle wird besprochen. In Bayern hat sich in manchen Kommunen auf freiwilliger Basis, getragen von gemeinnützigen Vereinen, in den letzten Jahren das System eines „First-Responders“ herausgebildet. Es handelt sich um freiwillige Ersthelfer, die schnell mit gespendeten Einsatzfahrzeugen und einer guten Erstausrüstung im Fahrzeug als Ersthelfer am Ort sind und längere Anfahrtszeiten des Notarztes überbrücken. Die Befürchtung wurde allerdings geäußert, dass zu Gunsten von Krankenkassen und deren Budgets durch ehrenamtlich Tätige Kosten eingespart werden sollen.

Ausführlich besprochen wurden Vor- und Nachteile von Gesundheitszentren („Medical-Center“) und sog. Gruppenpraxen. Auch die Anforderungen und die Ansprüche von Touristen an eine funktionierende Versorgung sollten nicht außer Betracht bleiben.

Defizite im Pflegebereich wurden festgestellt, wenn z.B. deutsche Staatsbürger, die Pflegegeld nach deutschem Recht erhalten, aber in Tirol betreut werden und dort wohnen, Pflege-

geld erhalten wollen. Die Auszahlung wäre an sehr hohe bürokratische Hürden geknüpft. Grenzüberschreitende Seniorenprojekte wären sinnvoll. Die Frage der jeweiligen Zuständigkeit bedarf einer Klärung. Die jeweiligen Systeme seien sehr unterschiedlich.

### **Fazit:**

- In beiden Ländern besteht Handlungsbedarf für eine auch in der Zukunft gut funktionierende ärztliche Versorgung im ländlichen Raum.
- Das Hausarztssystem ist allseits anerkannt, beliebt, funktionierend und sinnvoll. Eine Beibehaltung – auch als „Lotsenfunktion“ für Überweisungen an Fachärzte – erscheint wünschenswert. Eine Stärkung, auch in Form einer angemessenen Vergütung bei vertretbaren Arbeitszeiten, ist anzustreben; der Überalterung der Hausärzte soll entgegen gewirkt werden.
- Eine gut funktionierende medizinische Versorgung ist auch als weicher Standortfaktor für die Wirtschaft bzw. den Tourismus wichtig.
- Effektivität und Effizienz des Gesundheitssystems sind zu betrachten und zu bewerten.
- Im Rettungswesen sind grenzüberschreitende Regelungen und Kooperationen gefragt. Der Hilfe suchende Bürger benötigt keine rechtlichen Barrieren durch Staatsgrenzen, sondern eine schnelle Hilfe, einerlei von welcher Seite der Grenze ihm diese Zuteil wird.
- Trotzdem seit vielen Jahren in beiden Ländern Gesundheitsreformen diskutiert werden, ist bei den Bürgern/Ärzten/Patienten keine Zufriedenheit zu verspüren, zumal die Gesundheitsversorgung in der Politik unterschiedlich betrachtet wird.

## **2. Regionales Wirtschaften**

Protokoll: Gerhard Prentl, Landratsamt Rosenheim / Walter Weiskopf, Euregio Inntal

Teilnehmer:

- Franz X. Heinritzi, Bürgermeister Bruckmühl, Präsident Euregio Inntal
- Walter J. Mayr, Vizebürgermeister Kufstein, Vizepräsident Euregio Inntal
- Barbara Loferer, Regionalmanagement Mittleres Unterinntal
- Alexandra Gehlhaar, IHK Rosenheim
- Thomas Bauer, Regierung von Oberbayern
- Günter Kofler, Obmann Regionalentwicklung Pillerseetal
- Ferdinand Maier, 2. Bürgermeister Oberaudorf
- Gerhard Schlosser, Polizeipräsidium Oberbayern
- Richard Weissenbacher, Landratsamt Rosenheim
- Josef Hechenbichler, Kössen (teilweise)
- Wolfgang Berthaler, Bürgermeister Flintsbach

Im Folgenden aufgelistet sind die Kernthemen, die im Workshop „Regionales Wirtschaften“ besprochen wurden:

### **fehlende Kommunikation:**

Als ein Grundproblem wurde identifiziert, dass es oft an der Kommunikation zwischen Gemeinden, aber auch zwischen relevanten Personen in einer Gemeinde mangelt, um gute und nachhaltige Projekte umsetzen bzw. schneller vorantreiben zu können.

„Es ist wichtig, die „richtigen“ Leute an einen Tisch zu bringen.“

### **Netzwerke über Gemeinde- und Landesgrenzen:**

Die interkommunale Zusammenarbeit wird als große Möglichkeit für eine zukünftige positive Entwicklung von Gemeinden angesehen (z.B. Ausweisung gemeinsamer Gewerbegebiete). Derzeit wird sie aber noch wenig praktiziert.

Alle Beteiligten sind der Meinung, dass das sogenannten „Kirchturmdenken“ für Gemeinden mit dem Hintergrund von sinkenden Steuereinnahmen auf Dauer nicht leistbar ist. Am Anfang kann eine verwaltungsmäßige Zusammenarbeit stehen, längerfristig sollte daraus eine politische werden.

In Bayern wurde eine Gemeindegebietsreform in den 70er Jahren angegangen. (siehe auch Punkt „Gebietsreform / Verwaltungsgemeinschaften“ weiter unten)

### **Genehmigungsverfahren:**

Ferdinand Maier, 2. Bgm. der Gemeinde Oberaudorf, gab an, dass in Sachen Standortpolitik durchaus eine Konkurrenz mit Österreich besteht. Tirol habe kürzere Genehmigungsverfahren und sei unbürokratischer. Übersiedlungen in das Nachbarland seien die Folge.

Gerhard Prentl vom Landratsamt Rosenheim informierte, dass bei Genehmigungsverfahren das Landratsamt Genehmigungsbehörde ist und dass eine Genehmigung auch in Bayern relativ schnell vonstatten geht.

Bgm. Wolfgang Berthaler, Gde. Flintsbach, bringt Beispiele aus der Praxis ein (Lebensmittelversorgung), die zeigen, dass die eine oder andere Entscheidung von zuständigen Behörden (Regierung von Oberbayern) durchaus schneller fallen könnte.

In Tirol haben die Gemeinden mehr Spielraum, aber natürlich müssen auch Umwelt- oder Naturschutzaspekte beachtet werden.

Angesprochen werden die „Grenzen“ im bayerischen Landesentwicklungsplan, besonders was den Einzelhandel „auf der grünen Wiese“ angeht. Hier soll der ländliche Raum noch mehr Zugeständnisse erhalten.

Allgemein wird die Entwicklung dieses Raumes durch bestimmte Vorgaben im bayerischen Landesentwicklungsplan gehemmt. Das kostet Unternehmer im konkreten Fall viel Geld!

### **Infrastruktur:**

Diskutiert wurde das Spannungsfeld in einer Gemeinde zwischen den Vorzügen des Ländlichen Raumes (zB Naherholung, ländliche Idylle) und all den infrastrukturellen Maßnahmen, die ein ausgebauter Wirtschaftsstandort mit sich bringt (Gewerbegebiete, öffentlicher Nahverkehr).

### **Regionalentwicklung:**

Regionalentwicklung – gerade in kleineren Regionen – trägt zu einem Ausgleich der Interessenslagen bei und erhöht den Gemeinschaftsgeist.

In der Euregio stellt zB der Tourismus eine wichtige Branche dar. Hier können Regionalentwicklungsinitiativen Gemeinden zusammenführen und gemeinsame Projekte abstimmen.

Eine Herausforderung für Regionalentwicklungsverantwortliche ist es, die richtigen Entscheidungsträger dazu zu bewegen, in Projekten mitzuarbeiten.

### **Aufgaben von Gemeinden:**

Durch die massive Änderung der Gesellschaft haben sich auch die Aufgaben der Gemeinden verändert. Schon für Kinder und Jugendliche muss eine Gemeinde attraktiv sein, um entsprechende Einrichtungen bieten zu können. Dies setzt sich fort bis zur Seniorenarbeit. Dem Vorurteil „Frauen an den Herd“ müssen Maßnahmen entgegengesetzt werden – passende Angebote von Kindertagesstätten bringen mehr Frauen in den Beruf.

Generell wird Kommunen viel abverlangt, v.a. in finanziellen Belangen. Die Generierung von entsprechenden Einnahmen ist sehr wichtig – nur wer finanziell stark ist, kann interessant für Bürger und anziehend für Investoren sein. „Geht ´s der Wirtschaft schlecht, geht ´s auch den Gemeinden schlecht.“

Bayerische Workshop-Vertreter bringen ein, dass die Spielräume von bayerischen im Vergleich zu Tiroler Gemeinden geringer seien (zB Baugenehmigungen). Gemeinden in Tirol erstellen Raumordnungspläne auf eine Dauer von 10 Jahren, die Baugenehmigung liegt im Bauverfahren in 1. Instanz beim Bürgermeister. Die örtliche Raumordnung ist Aufgabe des Gemeinderates – er beschließt den Flächenwidmungsplan (im Unterschied zu Bayern).

→ die Selbstgestaltungsmöglichkeit von Tiroler Gemeinden ist größer, damit bestehen mehr Möglichkeiten, aber es können auch zusätzliche Schwierigkeiten auftreten

Ein Gewerbegebiet kann weder in Bayern noch in Tirol unter Wert verkauft werden. Die beschriebenen Verfahren fokussieren sich in Tirol sehr auf den jeweiligen Bürgermeister, aber im Wesentlichen beschließt der Gemeinderat.

Die Workshop-Teilnehmer sind der Meinung, dass Gemeinden antizyklisch investieren sollten, d.h. Rücklagen bilden in wirtschaftlich guten Zeiten und investieren in schwächeren Konjunkturphasen. Als Problem wird gesehen, dass die Kommunen vielfach mit sich selbst beschäftigt sind und so der Egoismus zunimmt.

Frau Alexandra Gehlhaar von der IHK – Geschäftsstelle Rosenheim wirft ein, dass die Industrie- und Handelskammer (bzw. die Wirtschaftskammer in Ö) als „Vermittler“ zwischen Kommunen und der Wirtschaft zu sehen ist. Ein wirtschaftsfreundliches Milieu in gewissen Regionen ist nicht selbstverständlich.

Unternehmer gehen in den Ländlichen Raum wegen dem günstigen Preis und der Infrastruktur – die Gemeinden müssen vorher investieren! Gewisse Workshop-Teilnehmer haben festgestellt, dass die Nachfrage von Unternehmen nach Gewerbegebieten zurückgegangen ist – Schrumpfungsprozesse sind festzustellen.

Generell können sich öffentliche Einrichtungen gewisse Angebote einfach nicht mehr leisten. Verschiedene Kosten können im Vorfeld auch nicht genau abgeschätzt werden.

**Ehrenamt:**

Im Zuge des vorher beschriebenen Werdegangs wird die Freiwilligenarbeit – zB in Vereinen - immer wichtiger. Sollten diese Leistungen weniger werden, treten noch mehr finanzielle Probleme in Gemeinden auf. „Ehrenamt ist für die Gesellschaft wichtig wie ein Bissen Brot“.

Der festzustellende Rückgang der Freiwilligenarbeit kann u.a. auf eine Überbelastung der Menschen im Job zurückgeführt werden, ein „normales Maß der Arbeit“ wäre wichtig.

Es wächst der Anteil der „Fitten unter den Alten“. Diese Zielgruppe muss angesprochen und in Abläufe eingebunden werden. Diese Einbindung kann dazu beitragen, leistbare Strukturen zu schaffen.

**Gebietsreform / Verwaltungsgemeinschaften:**

Sollten Gemeinden zusammengefasst werden, wäre Geld frei für antizyklische Investitionen. Das Denken und Handeln in größeren Verbänden ist leichter – Systemumstellungen wären notwendig.

V.a. in Tirol ist eine Gebietsreform bei kleinen Gemeinden Tabu – eine Annäherung an vernünftige Verwaltungsgemeinschaften wäre ein wichtiger Schritt in Richtung Einsparungen. Gewisse Einrichtungen sollten in Gemeinden durchaus erhalten werden, aber eine Zusammenlegung verschiedener Dienstleistungen würde massive finanzielle Vorteile bringen.

Aktuell herrschen sehr schwierige Zeiten vor - interregionale Zusammenarbeit hilft den Gemeinden, Kosten zu senken!

**Aufgaben der Politik:**

Die Politik hat die Aufgabe, zusätzlich zu den „weichen“ Standortfaktoren (Kultur-, Bildungsangebot, Freizeitmöglichkeiten) ein unternehmerfreundliches Klima zu schaffen.

„Parteidenken ist bei gewissen Vorhaben beeinträchtigend“.

**3. Raumordnung und räumliche Entwicklung**

Protokoll: Ekkehard Wimmer, Euregio Inntal

Die folgenden Informationen erheben keinen Anspruch auf absolute Vollständigkeit, sondern sind lediglich als Themenprotokoll zu verstehen.

Teilnehmer:

- Erich Laiminger, Bürgermeister Radfeld
- Matthias Lederer, Bürgermeister Brannenburg
- Franz Rauter, Amt der Tiroler Landesregierung, Leiter Abteilung Raumordnung-Statistik
- Stefan Niedermoser, Geschäftsführer Regionalentwicklung Pillerseetal
- Sebastian Forstner, Bürgermeister Söchtenau
- Hans Schartner, Bürgermeister Eggstätt

- Andreas Waldner, Landwirtschaftskammer Kufstein
- Elisabeth Uhl, geschäftsleitende Beamtin Gemeinde Oberaudorf
- Barbara Zeller, 2. Bürgermeisterin Schechen
- Josef Hechenbichler, Kössen (teilweise)

Matthias Lederer, Bgm. Brannenburg

- Flächennutzungsplan
- Gewerbenutzungsplan
- Bauleitplanung
- Ein anstehendes Problem ist die Kasernenauflösung in Brannenburg

Josef Hechenbichler, Kössen

- Selbstversorgungsgrad in der Region
- Erfahrung aus Region Kaiserwinkl: Sennereibetriebe: Bio- und Silobetriebe

Sebastian Forstner, Bgm. Söchtenau

- Probleme: kein Internetzugang im Ort, schlechte Straßenzustände

Hans Schartner, Bgm. Eggstätt

- Probleme: Baulandschaffung, Auflösung landwirtschaftlicher Betriebe
- Höfe müssen genützt werden
- Erfahrungen: Logistikzentrum im Ort als wichtiger Arbeitgeber, ca. 400 Mitarbeiter, Zusammenarbeit funktioniert gut
- Gewerbegebiet wird angenommen

Erich Laiminger, Bgm. Radfeld

- Gewerbegebiet vorhanden und entfernt vom Wohngebiet
- Erfahrungen: durch Fahrverbot in Kundl müssen Betriebe längere Anfahrtszeiten in Kauf nehmen
- Durch neu gebautes Gemeindezentrum konnte Bank und Ärztin gehalten sowie ein Café geschaffen werden. Gemeindezentrum wird durch Alternativenergie (Solar, Hackschnitzel) versorgt.

Andreas Waldner, Landwirtschaftskammer Kufstein

- der Landwirtschaft muss Perspektive geboten werden

Barbara Zeller, 2. Bgm. Schechen

- Leerstehende Bauernhöfe im Ort, jedoch funktionierende Gastronomie
- Keine Lebensmittelversorgung

Elisabeth Uhl, geschäftsleitende Beamtin Oberaudorf

- wichtiger Faktor Tourismus
- gute topographische Lage
- Erfahrungen: für gute Konzepte soll man sich gute Planer leisten, Pendlerbilanz: letzte Jahre viele Arbeitsplätze weggebrochen und Problematik der Teilzeitarbeitsplätze (Frauen)
- Oberaudorf versucht Gewerbegebiet auszuweisen
- Positive Erfahrungen mit Tourismusprojekten, Bsp. Grenzenlos
- Negative Erfahrungen: unterschiedl. Gesetzeslagen (Tirol, Bayern), Inntal Autobahn - gesundheitliche Belastung, Erl bspw. arbeitet in dieser Hinsicht besser

Stefan Niedermoser, Leaderregion Pillerseetal

- Gemeinsame Gewerbegebiete sind eine Chance für Regionen

Ekkehard Wimmer; Euregio Inntal:

- Interreg-Programme nutzen
- Gewerbegebiete für mehrere Gemeinden von der Peripherie an begünstigten Lagen ansiedeln
- Bildung am Land fördern

### **Themenschwerpunkt 1: Gewerbegebiete**

- Neue Gemeinden in Gewerbegebieten müssen bei gemeinsamen Gewerbegebieten die (anfänglichen) Infrastrukturkosten mitfinanzieren
- Frage der rechtlichen Auffassung: privatrechtliche und öffentlich rechtliche Verträge
- Im Verbund soll man sich Profis zur Verwirklichung leisten
- Planungsverbände wurden u.a. dazu geschaffen, um die Zusammenarbeit zu fördern
- Regionale Betrachtungsweisen sind notwendig, manche Gemeinden mit „Gunstlagen“ haben Vorteile
- Grundverkäufer müssen sich maßvoll an das Regelwerk halten

### **Themenschwerpunkt 2: Landwirtschaft in ländlichen Regionen**

- Frage: Was passiert mit nichtgenutzten Höfen?
- In Tirol sind 15 % Vollerwerbsbauern, 85% Neben- bzw. Zuerwerbsbauern
- Die Landwirtschaft darf nicht kaputtgeredet werden
- Bedingungen für Landwirte schaffen, bspw. Maschinenring oder die Frage der Pflege
- Möglich werden kann dies durch Erwerbsskombinationen
- Für Bergbauern gibt es in Österreich erst liquide Mitte seit dem EU-Beitritt 1995
- Die Landwirtschaft kann nur durch die Flächenbewirtschaftungsprämien weiter überleben
- Biobauernanteil in Tirol 25% und in Bayern 3%; unter den 25% mehr „Schein als Sein“
- Produkte müssen sich in Zukunft herauskristallisieren, d.h. Vermarktung von Produkten und v.a. neue Produkten
- Nachhaltigkeitsprinzip hat immer noch eine große Bedeutung
- Zusammenarbeit von Handelsketten und Landwirtschaft fördern
- Hohe EU-Auflagen machen „Bio“ fast unmöglich
- Maßvolle Entwicklung der Regelwerke

### **Themenschwerpunkt 3: lokale und regionale Versorgungsstrukturen, einschl. Internet**

- Befindet sich ein Hof im Ortsverbund oder im Freiland? Im Ortsverbund flexible Gestaltung möglich, im Freiland problematischer
- Nicht untergeordnete landwirtschaftliche Tätigkeiten
- .....

---

Die vorangegangenen Fachvorträge der Experten sind im Anhang beigefügt.

Grundsätzlich ist festzuhalten, dass die Veranstaltung dazu diente, den grenzüberschreitenden ländlichen Raum der Euregio in Bayern und Tirol zu analysieren, Erfahrungsaustausch zu betreiben und Szenarien zu diskutieren sowie einschlägige Kooperationen anzubahnen.

Diese Ziele wurden – durch Rückmeldungen der Teilnehmer bestätigt – erreicht.

## **6) Anhang**

Folgende Dokumente sind im Anhang beigefügt:

I. Vorträge

II. Presseartikel